Landeshauptstadt Hannover -50.60 - Datum 04.01.2018

Einladung

zur 12. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 18. Januar 2018, 17.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

3. Genehmigung der Protokolle über die 9. und 10. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 19.10.2017 und 16.11.2017

4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)

4.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2724/2017)

4.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)

5. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover (Drucks. Nr. 2787/2017)

6. Antrag der AfD-Fraktion zur Einleitung eines Planungsverfahrens für einen zentralen Dolmetscherdienst (Drucks. Nr. 3106/2017)

7. Bericht der Dezernentin

8. Aktuelles

Schostok

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover -50.60 - Datum 08.03.2018

PROTOKOLL

12. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 18. Januar 2018, Rathaus, Hodlersaal

Beginn 17.00 Uhr
Ende 18.13 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)		
Ratsfrau Jeschke	(CDU)		
Ratsherr Döring	(FDP)		
Ratsfrau Iri	(SPD)		
Ratsherr Jacobs	(AfD)		
Ratsherr Kelich	(SPD)	i.V. Ratsherr Fink	
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)		17.18 - 18.13 Uhr
Beigeordnete Dr. Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)		
Ratsfrau Dr. Matz	CDU)		
Beigeordnete Seitz	(CDU)	i.V. Ratsherr Klapproth	17.24 - 18.13 Uhr
Ratsherr Yildirim	(LINKE & PIRATEN)		

Beratende Mitglieder:

Frau Al-Amin	
Herr Dipl.-Ing. Faridi	17.00 - 18.07 Uhr
Herr Lam	
Frau Marinova	
Herr Rademaker	
Herr Dr. Ramani	

Grundmandat:

Ratsherr Klippert (Die Fraktion)

Verwaltung:

Stadträtin Beckedorf
Herr Dr. Behrendt 50.60
Frau Fresemann 50.60, für das Protokoll

Presse:

Herr Khoshbeen Internetseite LHH

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

3. Genehmigung der Protokolle über die 9. und 10. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 19.10.2017 und 16.11.2017

   Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
   (Drucks. Nr. 2494/2017)

4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
   (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

4.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
   (Drucks. Nr. 2724/2017)

4.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
   (Drucks. Nr. 2853/2017)

5. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover
   (Drucks. Nr. 2787/2017)

5.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus
   (Drucks. Nr. 0110/2018)

6. Antrag der AfD-Fraktion zur Einleitung eines Planungsverfahrens für einen zentralen Dolmetscherdienst
   (Drucks. Nr. 3106/2017)

7. Bericht der Dezernentin

8. Aktuelles

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet die Sitzung und bittet für sein Zuspätkommen um Entschuldigung. Es sei für ihn, wie auch für weitere Ausschussmitgliedern nicht verhältnismäßig gewesen, die Sitzung des Verwaltungsausschusses früher zu verlassen. Er stelle die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung werde in TOP 4 um eine Nachreiche und in TOP 5 um einen Änderungsantrag der CDU als Tischvorlage ergänzt.

TOP 2.
Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen aus der Einwohnerschaft vor.

TOP 3.
Genehmigung der Protokolle über die 9. und 10. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 19.10.2017 und 16.11.2017

Die Protokolle der 9. und 10. Sitzung des Ausschusses werden ohne Änderungen angenommen.

Protokoll 9. Sitzung: 10 Stimmen dafür, 1 Enthaltung
Protokoll 10. Sitzung: Einstimmig

TOP
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)

Ersetzt durch DS Nr. 2494/2017 N1

TOP 4.
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

Beigeordnete Dr. Markowis stellt den Antrag und führt aus, dass die Leistungen freier Träger unabdingbar seien, da sie sich um die Themenbereiche Prävention, Beratung, Hilfe und Begleitung von Personen in schwierigen Lebenslagen, Integration, Kulturvermittlung und Bildungsprozesse kümmerten. Zuwendungen seien ein zentrales Thema für eine solidarische, lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft. Besonders im Bereich Migration und Integration sei die Arbeit der vielen Vereine und Organisationen, wie zum Beispiel des MiSO-Netzwerks, kargah, gEMiDe, Can Arkadas, AWO und des Hauses der Religionen anzuerkennen und zu finanzieren. Weiter sei es notwendig, die Antragsstellung zu entbürokratisieren und ein besseres Controlling durchzuführen.
Ratsherr Klippert erklärt, dass der unter TOP 4.1 aufgeführte Antrag seiner Fraktion von

der Tagesordnung zu nehmen sei, da es jetzt stattdessen einen gemeinsamen Antrag von den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DiE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion Die FRAKTION gebe. Außerdem schließe er sich den Ausführungen seiner Vorrednerin **Beigeordnete Dr. Markowis** an.
Ratsfrau Jeschke findet, dass es grundsätzlich toll sei, dass das Thema Zuwendungen und Optimierung des Controllings auf der Tagesordnung stehe. Ihrer Fraktion gehe der Antrag aber in zwei Punkten nicht weit genug. Zum einen sei zu versuchen, gemeinsame Ziele, gemeinsame Strukturen und gemeinsame Gedanken in Synergien enden zu lassen. Das könne zum Beispiel auch die Nutzung einer gemeinsamen Buchhaltung von mehreren Vereinen sein. Zum anderen seien Förderungen für mindestens drei Jahre zu gewähren, das gebe besonders den kleinen Vereinen Planungssicherheit. Dabei sei auch eine jährliche Evaluierung und Zielbestimmung anzustreben. Beim Gesellschaftsfonds Zusammenleben seien Mittelzuweisungen über fünf Jahre auch möglich. Sie würde es begrüßen, wenn diese beiden zentralen Forderungen, Nutzung von Synergieeffekten und Förderzeitraum von mindestens drei Jahren noch aufgegriffen würden.
Ratsherr Döring freut sich, dass das aus der Zeit 2001 bis 2016 stammende Zuwendungscontrolling in ein neueres Verfahren gebracht werde. Die Anforderungen und Bedarfe in Bezug auf Auswertung, Beantragung und Zugang zu den Mittel seien heute andere als noch vor einigen Jahren. Dies gelte sowohl aus Sicht der Zuwendungsnehmenden als auch der Zuwendungsgebenden. Die Argumente, die **Ratsfrau Jeschke** vorgetragen habe, seien bedenkenswert. Er finde es aber falsch, wenn das Gesamtvolumen aller Zuwendungen länger als zwei Jahre gebunden sei, auch wenn es Ausnahmen, wie beim „Gesellschaftsfonds Zusammenleben“ oder beim „Integrationsfonds“, gebe. Er könne sich mit dem Gedanken anfreunden, dass es gemeinsame Servicecenter in Kooperationsverfahren gebe. Er gebe aber zu bedenken, dass das nicht zur Bedingung für einen Zugang auf Zuwendungen gemacht werden dürfe. Das Verfahren sei auch zu nutzen um zu hinterfragen, ob die freiwilligen Leistungen zielgerichtet und effizient eingesetzt werden und ob eine Erhöhung, eine Herunterstufung oder eine Veränderung der geförderten Maßnahme nötig sei.
Ratsfrau Iri hält es für schwierig, kleine Vereine zu vernetzen, damit sie Arbeiten, wie z.B. die Buchhaltung, gemeinsam erledigten. Durch den Doppelhaushalt sei eine Planungssicherheit für zwei Jahre gegeben. Sie schließe sich der Ansicht der **Beigeordneten Dr. Markowis** an, dass es Zeit sei für eine Modernisierung der Zuwendungen. Für eine Kürzungspolitik stehe sie nicht bereit.
Ratsherr Jacobs sagt, dass die AfD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Seine Fraktion strebe schon länger ein besseres und mehr Controlling an. Eine ausreichende Planungssicherheit halte er bei einer Förderung über zwei Jahre für gegeben. Mit dem neuen Haushaltsplan seien andere Prioritäten bei den Zuwendungen zu setzen. Er stimme der Kritik seitens der CDU zu, dass bei einer Förderdauer über zwei Jahre die Verwaltungsvorgänge weiter zu vereinfachen seien.

8 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4.1.
Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2724/2017)

Zurückgezogen

TOP 4.2.
Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2853/2017)

3 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover
(Drucks. Nr. 2787/2017)

Beigeordnete Dr. Markowis erläutert, dass jüdische Gemeinden von steigendem Antisemitismus berichteten. Begegnungen seien das beste Mittel um Unsicherheiten, aus denen dann antisemitische Tendenzen entstünden, entgegenzuwirken. Sie wünsche sich große Zustimmung für den Antrag, damit am 9. November 2018, dem 80. Jahrestag der Reichspogromnacht, ein großer Auftakt zur „Offensive gegen Antisemitismus in Hannover“ gelinge. Den Änderungsantrag der CDU-Fraktion lehne sie ab.
Ratsfrau Jeschke findet es gut, dass am 18. Januar im Internationalen Ausschuss über das Thema Antisemitismus gesprochen werde. Denn am 18.1.1945 habe die SS angefangen Ausschwitz zu evakuieren. Sie gebe der **Beigeordneten Dr. Markowis** Recht, dass zu antisemitischem Verhalten Stellung bezogen werden müsse. Durch den Änderungsantrag solle der Begriff Antisemitismus etwas weiter gefasst werden. Es gebe Antisemitismus von rechts, von links und aus religiösen Gründen. Es seien Orte der Begegnung zu schaffen, um das Thema immer wieder neu aufzugreifen. Es sei ihnen wichtig, bei einer Bildungsoffensive in alle Richtungen zu schauen. Es gebe neben dem rechten Antisemitismus auch einen linken Antisemitismus, in dem es eine große Tradition der antisemitischen antiisraelischen Argumentationsketten gebe. Ein erhebliches Maß an Antisemitismus und Antiisraelkritik komme auch durch Zuwanderung aus dem arabischen Raum dazu. Sie werde dem Ausgangsantrag zustimmen und würde sich freuen, wenn auch ihr Änderungsantrag Zustimmung finde.
Ratsherr Döring fragt sich, wie man auf den Gedanken kommen könne, dass der Antrag sich ausschließlich gegen Antisemitismus von rechts wende. Es sei ein allumfänglicher Antrag gegen Antisemitismus, auch gegen eingewanderten Antisemitismus und gegen Antisemitismus von links. Antisemitismus sei ein Sammelbegriff, unter den jede Art von Judenhass falle. Es gehe um jede Art von Antisemitismus und Judenhass in unserer Stadt, egal von wem. Es stimme ihn versöhnlich, dass die CDU dem Ausgangsantrag auch zustimmen werde. Ihm sei ein gemeinsames Auftreten gegen Antisemitismus auch viel wichtiger als die sprachlichen Fragen.
Ratsherr Yildirim sagt, dass er den Antrag sehr wichtig, richtig und gut finde und ihm zustimmen werde. Wenn über Antisemitismus geredet werde, sei auch über Rechtsextremismus, Fremdenhass, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Fundamentalismus zu reden. Antisemiten seien bei den Rechten und bei den Fundamentalisten zu finden. Nur zu sagen, dass man gegen Antisemitismus sei, reiche nicht aus.
Ratsherr Klippert dankt **Ratsherrn Döring** für seine erklärenden Worte zum Begriff Antisemitismus. Außerdem stimme er der CDU zu, dass es sich beim Antisemitismus um ein altes gesellschaftliches Problem handele und es dabei um Menschen gehe, die keinem eindeutigen politischen Lager zuzuordnen seien. Der Antrag sei eine gute Sache und er schließe Aktivitäten gegen Rechtsextremismus auch nicht aus. Er sehe darin einen erweiterten Auftrag an die „Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus“. An die Verwaltung sei die Frage zu stellen, ob diese zusätzliche Arbeit auch ohne weiteres

Personal zu leisten sei.
Herr Lam führt aus, dass heute im Bundestag in Berlin ein Tag gegen Antisemitismus begangen werde. Die Welt sei voller Respekt für die Lehren, die Deutschland nach dem Ende des NS-Regimes gezogen habe. Trotzdem gebe es weiterhin noch Antisemiten, Antiziganisten und auch noch Rassisten, die deutlich bei den Rechtsextremisten und bei den religiösen Extremisten zu finden seien. Hass und Gewalt seien nicht zu dulden, sondern entschieden zu bekämpfen.
Ratsherr Jacobs sagt, dass die AfD-Fraktion beide Anträge begrüße, und er den Anträgen zustimmen werde. Es komme ihm nicht auf die Formulierung an, sondern auf die aktive Bekämpfung des Antisemitismus. An die Verwaltung habe er noch die Frage, ob die Angestellten in der „Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus“ für den Umgang mit religiösem Extremismus, wozu er auch den Antisemitismus zähle, hinreichend vorbereitet seien oder noch spezielle Schulungen benötigen würden.
Ratsfrau Iri bedankt sich bei der CDU-Fraktion, dass auch sie bei dem gemeinsamen Antrag mitgehe. Das sei ein deutliches Signal, um Geschlossenheit gegen Antisemitismus zu zeigen. Im Antrag „Offensive gegen Antisemitismus in Hannover“ gehe es darum, Antisemitismus aus allen Richtungen zu bekämpfen.
Herr Faridi hat den Eindruck, dass innerhalb der verschieden Fraktionen Konsens herrsche. Ihm sei besonders wichtig, wie eine solche Bildungsoffensive aussehen solle. In Bezug auf rechten und linken Extremismus erinnere er an Horst Mahler, der zuerst Rechtsanwalt, dann Linksextremist und später Rechtsextremist gewesen sei. Ein Antisemit sei er dabei immer gewesen. Am besten sei es, wenn die Bildungsoffensive eine Begegnungsoffensive werden könne, vor allen Dingen für Kinder. Bei ihnen gebe es durchaus Freundschaften zwischen Juden und Nichtjuden. Kinder seien die besten Integrationslotsen. Er habe nicht viel Hoffnung, dass die Generation der Eltern und Großeltern zu beeinflussen seien. Bei ihnen sei das Bild des Antisemitismus fest eingebrannt. Eine Beeinflussung sei nur kurzfristig möglich, sodass jegliche Bildungsoffensive ein Kampf gegen Windmühlen sei. Es sei gegen die Bilder und Einflüsse aus all den Medien, wie dem Fernsehen und immer stärker auch dem Internet zu kämpfen. Deshalb sei es vor allen Dingen für Kinder wichtig, Begegnungen zu ermöglichen. Das Haus der Religionen, das jetzt auch eine Bildungseinrichtung für interreligiöse und interkulturelle Kompetenz sei, leiste in diesem Bereich Pionierarbeit. Von dort sei ihm auch berichtet worden, dass Kinder an der Besichtigung einer Synagoge nicht teilnähmen, weil es ihnen von ihren Eltern verboten worden sei. Er frage sich, wie dem zu begegnen sei. Vielleicht dadurch, dass bestimmte Bildungsangebote der Schule verpflichtend gemacht würden.
Frau Dr. Doering antwortet auf die Frage von **Ratsherrn Klippert**, dass eine Aufstockung der finanziellen Mittel, besonders auch für die „Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus“ grundsätzlich zu begrüßen sei. In Bezug auf die „Offensive gegen Antisemitismus in Hannover“ gebe es die Möglichkeit von Kooperationen und von externen Referenten und Referentinnen, die zur fachlichen Unterstützung dazu zu holen seien. Auf die Frage von **Ratsherrn Jakobs** antwortet sie, dass durch die Gewinnung von Experten und Expertinnen als Kooperationspartner mit der Thematik ganz gut umgegangen werde könne.

Einstimmig

TOP 5.1.
Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus (Drucks. Nr. 0110/2018)

4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.
Antrag der AfD-Fraktion zur Einleitung eines Planungsverfahrens für einen zentralen Dolmetscherdienst
(Drucks. Nr. 3106/2017)

Ratsherr Jacobs liest seinen Antrag vor.
Ratsfrau Iri erklärt, sie nehme es der AfD-Fraktion nicht ab, dass sie einen zentralen Dolmetscherdienst wirklich wolle. Außerdem gebe es bereits einen zentralen Dolmetscherdienst. Das Ethno-Medizinische Zentrum habe 180 geschulte Dolmetscher. Außerdem bezweifle sie aus Datenschutzgründen, dass der Einsatz von Skype oder Ähnlichem überhaupt möglich sei.
Beigeordnete Dr. Markowis weist darauf hin, dass es bereits einen internen Dolmetscherpool gebe, der aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung bestehe, sowie einen externen Dolmetscherdienst, der für Übersetzungen außerhalb der Stadtverwaltung dazu geholt werden könne. Für das Jobcenter sei dieser Ausschuss nicht zuständig, da sei der Antrag auf Regionsebene zu stellen. Zum Einsatz von Skype gebe es unterschiedliche Positionen. Es gebe dort technische Schwierigkeiten, Vertraulichkeitsfragen und auch die persönliche Beziehung fehle. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen.
Ratsfrau Jeschke sagt, dass sie dem Antrag auch nicht folgen könne, da es bereits einen Dolmetscherdienst gebe, der in den letzten Jahren auch ausgeweitet wurde. Aus eigener Erfahrung könne sie berichten, dass es an Schulen in Herrenhausen und Stöcken keine Verständigungsprobleme gebe. Gespräche zwischen Eltern und Lehrkräften, bei denen es Übersetzungsbedarf gebe, seien eher selten und könnten über das vorhandene Dolmetscherangebot abgedeckt werden. Die Kinder untereinander verstünden sich gut. Auch aus eigenen Erfahrungen könne sie berichten, dass bei medizinischen Notfällen sprachliche Barrieren vorkämen, aber kein wirkliches Hindernis darstellten. Bei Skype sehe sie, genauso wie **Beigeordnete Dr. Markowis**, ein Datenschutzproblem. Es gebe, auch im Dolmetscherbereich, die Möglichkeit zur Optimierung, aber da werden von Seiten der Verwaltung immer dran gearbeitet.
Ratsherr Yildirim informiert, dass es Dolmetscherdienste in der Region Hannover und bei kargah e.V. gebe, die telefonisch zu erreichen seien.
Ratsherr Jacobs erläutert, Sinn des Antrages sei, dass es für mehrere Stellen nur noch ein oder zwei Ansprechpartner für Dolmetscherdienste gebe. Das sei für viele Menschen einfacher. Er gebe der **Beigeordneten Dr. Markowis** Recht, dass der Einsatz von Skype unpersönlich sei. Auch nicht jede Stelle eigne sich für Videotelefonie oder ähnliches. Aber um gefährliche Situationen zu vermeiden und sofort einen Ansprechpartner zu haben, sei eine zentrale Stelle sinnvoll.
Ratsherr Döring stellt klar, dass der Zugang für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der öffentlichen Verwaltung zu Dolmetscherdiensten gewährleistet sei. Dadurch sei es ihnen möglich, alle Anliegen und Aufgaben in der Diskussion mit Menschen in anderen Sprachen zu erfüllen. Da er keine Kenntnis über Beschwerden in diesem Bereich habe, scheine es zu funktionieren. Dass alle Menschen einen Zugang zu Dolmetscherdiensten bekämen, möge man sich wünschen, sei aber nicht die Aufgabe der Kommune.
Frau Marinova merkt an, dass die niedersächsische Landesschulbehörde Zugriff auf Dolmetscher habe. Die Landeshauptstadt, die Region Hannover und die Polizei verfügten über Dolmetscherpools. Sie sehe das Problem eher in der Entlohnung der Dolmetscher, die zu gering sei. Für unrealistisch halte sie den Einsatz von Videotelefonie in diesem Bereich.
Ratsherr Jacobs ergänzt, dass auf die Ordnungsdienste, die durch das neue Sicherheitskonzept in den Stadtbezirken unterwegs seien, sprachliche Probleme zukommen werden. Um dem möglichst gleich vorzubeugen, sei auf telefonische Hilfe zurückzugreifen.

1 Stimme dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.
Bericht der Dezernentin

Stadträtin Beckedorf teilt mit, dass man in der konkreten Planung für die Klausurtagung des Internationalen Ausschusses sei. Zurzeit werde nach einem Termin im Februar oder März 2018 gesucht, wobei ihr klar sei, dass es einen Termin, an dem alle zur Verfügung stünden, wahrscheinlich nicht geben werde. Die Tagung solle über zwei Tage mit einer Übernachtung außerhalb Hannovers stattfinden. Inhaltlicher Schwerpunkt sei, zum zehnten Geburtstag des LIP, der Aufschlag zum Prozess der Überarbeitung und der Aktualisierung des LIP. Sie wolle gemeinsam mit den Ausschussangehörigen zwei Hauptpunkte erarbeiten. Das seien zum einen der Beteiligungsprozess im Rahmen des Verfahrens zur Überarbeitung des LIP, und zum anderen die thematischen Schwerpunkte. Die Klausurtagung solle der Auftakt für diesen Prozess sein. Aus ihr heraus sollen die Grundlagen für das weitere Verfahren und für die inhaltliche Arbeit gelegt werden.

TOP 8.
Aktuelles

Es liegen keine Wortmeldungen zu diesem Punkt vor.

Vorsitzende Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 18:13 Uhr.

Stadträtin Beckedorf Fresemann (Für das Protokoll)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den

- Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- Sozialausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- Internationalen Ausschuss
- Kulturausschuss
- Gleichstellungsausschuss
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Schul- und Bildungsausschuss
- Sportausschuss
- Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
- Organisations- und Personalausschuss
- Verwaltungsausschuss

In die Ratsversammlung

20.10.2017

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der Freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen, der Erhalt der Trägervielfalt, wobei kleinere Träger nicht benachteiligt werden sollten, und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll **vereinfacht** werden, z.B. durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger.

2. Das Zuwendungswesen soll **transparenter** werden, z.B. durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecken und deren Erfüllung. Grundsätzlich darf dies aber nicht zulasten der Trägervielfalt gehen und soll kleinere Träger nicht benachteiligen.
   Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen, gegebenenfalls schrittweise, entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien im Austausch mit den Trägern zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen. Dies bedeutet auch, dass einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in den Fachbereichen selbst in Bezug auf die Beratung der Träger und der Bewilligung der Anträge erarbeitet werden müssen. Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge,

Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.
Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung nach Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und ggf. in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.
Dargestellt werden sollen auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden.
Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch sollte der Mittelabfluss dargestellt werden.

3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an Freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.

4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen **auskömmlich** und **bedarfsgerecht** finanziert werden. Dies wird durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr **Planungssicherheit** bieten.

5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.

Begründung:

Die Stadt Hannover vergibt im Zuwendungsbereich mehr als 80 Mio. Euro – davon waren in 2017 ca. 46 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Die Finanzierung der Leistungen Freier Träger ist zur Prävention, Hilfe und Unterstützung von Personen in schwierigen Lebenslagen, zur Kulturvermittlung, für Bildungsprozesse und vieles mehr unabdingbar für eine solidarische, lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Norbert Gast
Stv. Fraktionsvorsitzender

Wilfried Engelke
Fraktionsvorsitzender

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen,Gruppe LINKE &PIRATEN und der FDP und der FRAKTIOn

(Antrag Nr. 2494/2017 N1)

Eingereicht am 20.10.2017 um 12:20 Uhr.

Finanzausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen, Internationale Ausschuss, Kulturausschuss, Gleichstellungsausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Schul- und Bildungsausschuss, Sportausschuss, Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters, Organisations- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

---

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

Antrag
zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen, der Erhalt der Trägervielfalt, wobei kleinere Träger nicht benachteiligt werden sollten, und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll durch die Möglichkeit einer Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der freien Träger vereinfacht werden.

2. Das Zuwendungswesen soll durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecken und deren Erfüllung transparenter werden.
   Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien sowie einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in den Fachbereichen selbst in Bezug auf die Beratung der Träger und der Bewilligung der Anträge im Austausch mit den Trägern zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen.
   Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge, Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.
   Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung nach Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.

Dargestellt werden soll auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden.
Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch soll der Mittelabfluss dargestellt werden.

3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.

4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen **auskömmlich** und **bedarfsgerecht** finanziert werden. Dies wird u.a. durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und durch die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr **Planungssicherheit** bieten.

5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.

6. Reporting
   Die Zuwendungsanträge sollen mess- und kontrollierbare Ziele enthalten. Zudem muss der Zweck der Trägertätigkeit konkret dargelegt werden. Im Rahmen eines kontinuierlichen Reporting sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, darzulegen, ob die definierten Ziele erreicht und ob die bewilligten Mittel zweck- und zielentsprechend verwendet wurden. Zuwendungsempfänger haben der Stadtverwaltung jährlich Verwendungsnachweise vorzulegen, bei institutioneller Förderung zusätzlich Jahresabschlüsse.

Begründung
Die Stadt Hannover vergibt im Zuwendungsbereich mehr als 80 Mio. Euro – davon waren in 2017 ca. 46 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Die Finanzierung der Leistungen freier Träger ist zur Prävention, Hilfe und Unterstützung von Personen in schwierigen Lebenslagen, zur Kulturvermittlung, für Bildungsprozesse und vieles mehr unabdingbar für eine solidarische, lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende

Dirk Machentanz
Gruppenvorsitzender

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 23.10.2017

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
08. Nov. 2017
persönlich abgeben 13:02

ESTD 2016

Die FRAKTION
HANNOVER

An den
Oberbürgermeister Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt- Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Gleichstellungsausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung

Hannover, den 7. November 2017

Änderungsantrag § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache Nr. 2494/2017:

Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

Antrag zu beschließen:
Der Rat möge beschließen, den Antrag wie folgt zu ändern:

1. Das Zuwendungswesen soll vereinfacht werden, ~~z.B.~~ **insbesondere** durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger, **sowie durch eine größtmögliche Vereinheitlichung der Anträge auf Zuwendungen von Land, Region und LHH.**

4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen auskömmlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Dies wird durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen **den freien Trägern zudem** ~~mehr~~ **eine Planungssicherheit von mindestens 3 Jahren** bieten.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

Die FRAKTION
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 168-318 32
die.fraktion@hannover-rat.de
www.diefraktion-hannover.de

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
21. Nov. 2017 1860
8.164

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- &
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Sportausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

21. November 2017

Änderungsantrag gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2494/2017(Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings)

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Antrag,
zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der Freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Dabei soll die Nutzung von Synergieeffekten zwischen Trägern mit ähnlichem Profil angestrebt werden. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger vereinfacht werden.

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Vorsitzender: Jens Seidel
Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

2. Das Zuwendungswesen soll durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecke und deren Erfüllung transparenter werden. Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien sowie einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in Bezug auf die Beratung der Träger und die Bewilligung der Anträge zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen.

   Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge, Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.

   Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung der Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.

   Dargestellt werden sollen auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden. Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch sollte der Mittelabfluss dargestellt werden.

3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an Freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.

4. Die Aufgaben, die Freien Trägern übertragen werden, sollen auskömmlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Dies wird u.a. durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und durch die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr Planungssicherheit bieten, indem die Zuwendungen grundsätzlich ab 2019 für 3 Jahre gewährt werden, sofern der Bedarf weiterhin besteht und laufend nachgewiesen wird.

5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.

6. Reporting
   Die Zuwendungsanträge sollen mess- und kontrollierbare Ziele der Trägertätigkeit enthalten. Zudem muss der Zweck der Trägertätigkeit konkret dargelegt werden. Darüber hinaus muss erläutert werden, wieso die angegebenen Ziele und Zwecke im erheblichen Interesse der Landeshauptstadt Hannover liegen. Im Rahmen eines kontinuierlichen Reportings sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, darzulegen, ob die definierten Ziele erreicht und ob die bewilligten Mittel zweck- und zielentsprechend verwendet wurden. Der Zuwendungsempfänger hat der Stadtverwaltung jährlich Verwendungsnachweise sowie einen Jahresabschluss vorzulegen.

7. Aktives Controlling
   Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Hannover muss ein aktives Controlling durchführen und überprüfen, ob die Zuwendungszwecke weiterhin im erheblichen Interesse der Landeshauptstadt Hannover liegen und die Mittel in dem beantragten Umfang weiter erforderlich sind. Außerdem muss kontrolliert werden, ob Zuwendungsempfänger bislang ihren Verpflichtungen zum ordnungsgemäßen Nachweis der Zielerreichung und zweckentsprechenden Mittelverwendung nachgekommen sind.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Jens Seidel
Vorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

15.11.2017

In den
- Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- Schul- und Bildungsausschuss
- Kulturausschuss
- Verwaltungsausschuss

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
15. Nov. 2017
pers. abgegeben 11:52 h

Antrag: gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Offensive gegen Antisemitismus in Hannover

zu beschließen:

Die Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus führt gemeinsam mit geeigneten KooperationspartnerInnen eine Offensive gegen Antisemitismus in Hannover durch. Der Fokus liegt dabei auf der langfristig angelegten Zusammenarbeit mit Schulen, denkbar wäre die Einbindung des Netzwerks Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage.

Auftakt soll der 09. November 2018 sein. 80 Jahre nach der Reichspogromnacht ist es wichtiger denn je, das Gedenken zu bewahren. Jüdisches Leben ist Teil hannoverscher Identität. Die Bildungsoffensive soll dazu dienen, SchülerInnen und LehrerInnen, Neuzugezogenen und Alteingesessenen dieses ins Bewusstsein zu rufen und jüdisches Leben erfahrbar zu machen.

Begründung:
Die Jüdischen Gemeinden in Hannover berichten übereinstimmend von einer steigenden antisemitischen Stimmung, aber vor allem von einer großen Unsicherheit im Umgang mit dem jüdischen Leben in Hannover. Augenfällig wird insbesondere im Umgang mit Schulgruppen und deren LehrerInnen, dass vieles tabuisiert wird, anstatt offen zu fragen und zu reden, womit eine unnötige Distanz hergestellt wird.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Norbert Gast
Stellv. Fraktionsvorsitzender

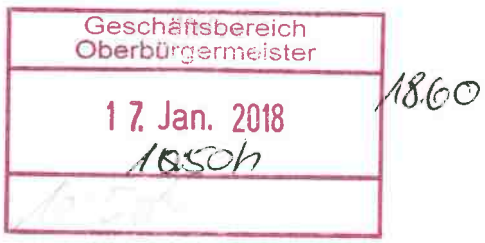
Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

In den Internationalen Ausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Kulturausschuss
In den Verwaltungsausschuss

17. Januar 2018

Änderungsantrag gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2787/2017 (Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover)



Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Antrag,
zu beschließen,

(...)

~~Die Bildungsoffensive soll dazu dienen, SchülerInnen und LehrerInnen, Neuzugezogenen und Alteingesessenen dieses ins Bewusstsein zu rufen und jüdisches Leben erfahrbar zu machen.~~

Ausdrücklich soll bei der Bildungsoffensive der Antisemitismus jedweder Couleur thematisiert und den genannten Zielgruppen vermittelt werden, um ihnen so ein vollumfängliches Bild des bestehenden Antisemitismus, Antijudaismus, Antiisraelismus und Antizionismus ins Bewusstsein zu rufen und sie so weiter zu sensibilisieren.

Begründung:

Der Zweck der Bildungsoffensive ist Teil der Begründung für den Antrag und sollte daher aus dem Antragstext selbst gestrichen werden.
Die Aufgabe der Stelle für Demokratiestärkung ist aus unserer Sicht sehr viel weiter zu fassen. Hierauf zielte bereits unser Antrag zur Umbenennung in „Stelle für Demokratiestärkung und Extremismus“ ab.
Der Einsatz gegen rechtsextremistisch motivierten Antisemitismus ist richtig und wichtig, greift aber zu kurz.
Es gab und gibt ebenso einen linksextremistisch motivierten Antijudaismus, der seinen gewaltbereiten Höhepunkt im Terror der RAF fand, der sich auch gegen den „Kolonialismus des Staates Israel“ richtete und seinen Antijudaismus so zu verbrämen suchte.
Zudem gibt es unverkennbar einen bestehenden Antijudaismus und Antiisraelismus in Teilen der arabischen und islamischen Welt, der seit den sechziger Jahren (und nicht erst seit 2015), zunächst durch die Zuwanderung aufgrund von Arbeitskräftemangel, auch in

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Vorsitzender: Jens Seidel
Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

die Bundesrepublik Deutschland importiert wurde. Dieser ist zum Teil religiös motiviert, richtet sich aber vor allem auch gegen den modernen Staat Israel und seine Politik.
Es gibt mithin verschiedene Dimensionen des Judenhasses, demoskopische, geografische, ideologische, theologische und demografische. Um diesem Umstand ganzheitlich gerecht zu werden, ist ein Umdenken erforderlich. All diese unterschiedlichen Ausprägungen müssen erkannt, erläutert, eingedämmt werden und dies auch und gerade auf kommunaler Ebene durch entsprechend finanzierte Programme. Die geforderte Offensive könnte hier ein Anfang sein.

Jens Seidel
Vorsitzender

AfD-Fraktion im Rat der LHH – Herrenstr. 7 – 30159 Hannover

Herrn Oberbürgermeister
Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
08. Dez. 2017
pers. abgegeben 14:47 h

18.60

Hannover, 08.12.2017

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Die Ratsversammlung möge beschließen,

dass die Verwaltung ein Planungsverfahren für einen zentralen Dolmetscherdienst einleitet. Dieser Dolmetscherdienst soll für verschiedene Bedarfsgruppen, wie Schulen, städtischer Ordnungsdienst, Notdienste, Ausländerämter und Jobcenter, via „Skype" oder einer anderen Video-Kommunikationssoftware erreichbar sein. Es soll eine Kooperation mit Landes- und Bundespolizei angestrebt werden.

Begründung:

An vielen Schulen in Hannover ist es keine Seltenheit, dass sich die Schüler aus zum Teil bis zu 25 Nationen und Muttersprachen zusammensetzen. Auf Elternabenden und Elternsprechtagen muss die Lehrerschaft häufig auf die Hilfe von Dolmetschern zurückgreifen, um eine ausreichende Kommunikation sicherzustellen. Aus Kosten- und Zeitgründen ist es jedoch oft nicht möglich einen passenden Dolmetscher zur Klärung eines Sachverhaltes zwischen Schule und Eltern hinzuziehen. Ein zentralisierter Dolmetscherdienst, auf den über Internet-Videotelefonie zugegriffen wird, kann hier eine Bedarfslücke schließen.

Darüber hinaus kann so ein zentralisierter Dolmetscherdienst auch in anderen städtischen Bereichen, bei denen es öfter aufgrund von mangelnden Sprachfähigkeiten des Gegenübers zu Kommunikationsschwierigkeiten kommt, schnell und unkompliziert Abhilfe leisten. Vielen städtischen Mitarbeitern kann hier ihr Arbeitsalltag enorm erleichtert werden, wenn eine gewisse Anzahl von Dolmetschern ohne großen bürokratischen Aufwand per Videotelefonie zur Verfügung steht.

Durch eine anzustrebende Kooperation mit Bundes- und Landespolizei kann zudem die Kostenlast für das Projekt auf mehrere Schultern verteilt werden, denn auch im Rahmen ihrer Arbeit werden Polizisten, nicht nur in Hannover, immer häufiger mit Kommunikationsproblemen konfrontiert. Insbesondere Asylbewerber können von den Polizisten oftmals nicht mündlich belehrt werden. Je nach Sprache werden die mit dem Fall befassten Einsatzkräfte bis zu einer Stunde gebunden, um auf die Anreise des jeweiligen Dolmetschers zu warten, und fehlen damit an anderer Stelle. Insofern sollte seitens der Polizeibehörden ein großes Kooperationsinteresse hinsichtlich des Dolmetscherdienstes vorhanden sein.

AfD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover
Herrenstraße 7
30159 Hannover
Tel.: 0511 168 31845

Internet
www.afd-fraktion-hannover.de

Email
afd@hannover-rat.de

Fraktionsvorsitzender
Sören Hauptstein

stellv. Fraktionsvorsitzender
Reinhard Hirche

Geschäftsführer
Philipp Noblé

Mit freundlichem Gruß,

Reinhard Hirche
Ratsherr und stellv. Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH
Fraktionsvorsitzender im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

AfD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover
Herrenstraße 7
30159 Hannover
Tel.: 0511 168 31845

Internet
www.afd-fraktion-hannover.de

Email
afd@hannover-rat.de

Fraktionsvorsitzender
Sören Hauptstein

stellv. Fraktionsvorsitzender
Reinhard Hirche

Geschäftsführer
Philipp Noblé